

Über 46 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 110

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin SchwanderVizepräsidenten:
Jean-Dominique Cipolla, Notar
Nationalrat Luzi StammAdresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Freiheit – Unabhängigkeit – Wettbewerb statt geistiges Vakuum

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Der Film «Grounding» lockt überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger in den Kinosaal. In einem sichtbaren «Schauprozess» werden Schuldige und Nichtschuldige gesucht wenn nicht gar bezeichnet. Dass der Niedergang der Swissair eine jahrzehntelange Vorgeschichte hat, wird oft wissentlich ausgeblendet. Dass ausgerechnet die letzten Akteure die Schuld tragen sollen, ist nicht einzusehen.

In der Politik sieht es genau gleich aus. Behauptungen, die aktuelle Politik und der heutige Bundesrat seien hauptverantwortlich für die jahrelange Wachstumsschwäche der Schweizer Wirtschaft, sind kaum fundiert. Ebenso wenig sachlich und kritisch argumentiert, wer sich auf den Standpunkt stellt, die politischen Institutionen der direkten Demokratie und des Föderalismus würden die Reformen blockieren. Von Phantasie werden gar jene getragen, welche im Beitritt zur EU das Wundermittel gegen die Wachstumsschwäche erblicken. Dass dem nicht so ist, weiss selbst die SP, welche bei ihrer Forderung eines EU-Beitrittes so viele Ausnahmen beansprucht, dass der Beitrittsge- danke gar nicht mehr sichtbar ist.

Unser Land braucht liberale Geister, welche individuelle Freiheit, Leistung, Wettbewerb und Innovationen ins Zentrum des täglichen Handelns stellen. Dazu braucht es einen kritischen Geist, welcher die Vorlagen des Bundesrates und der Verwaltung hinterfragt und selbst nach neuen Ansätzen sucht, weit ab von billigen politischen Kompromissen. Dieser Geist ist auch bereit, mit Leidenschaft das Stimmvolk zu überzeugen und für sich zu gewinnen, anstatt es mit Diskussionen über Reformen der politischen Institutionen auszutricksen. Dass dieser Geist in Bern nicht gefragt ist, beweist die Tatsache, dass Querdenker und Kritiker laufend als Ewiggestrige hingestellt werden. Denken ist nicht gefragt, sondern das JA sagen nach dem Gusto von Bundesrat und Verwaltung, das Anpassertum.

Das geistige Vakuum hat in weiten Kreisen Oberhand genommen. Hinzu kommen politische Gedächtnislücken, wie das neueste Beispiel Kohäsionsmilliarde beweist. Es gilt, diese Leere wieder mit den liberalen Werten der Staatsgründer und mit den Werten des christlichen Abendlandes zu füllen. Dazu sind wir alle aufgerufen.

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) Der Präsident:



Dr. Pirmin Schwander, Nationalrat

6. Mai 2006, 10.30 Uhr: 21. Mitgliederversammlung der AUNS im Hotel National in Bern

Zum Thema «Schweiz – EU» sprechen:

**Dr. Klaus von Dohnanyi**
Ehemaliger
Bundesminister,
Mitglied der SPD

Keystone

**Prof. Dr. Franz Jaeger**
Ordinarius für
Wirtschaftspolitik
an der Uni
St. Gallen**Dr. Tito Tettamanti**
Unternehmer/
Financier, London

Keystone

Schweizer Aussenpolitik unter der Lupe

«Kohäsions-Milliarden»: Das Volk wird ausgeschaltet.

Worum geht es?

Um den raschen Abschluss der Bilateralen II (insbesondere Schengen) voranzutreiben, haben die Bundesräte Calmy-Rey und Deiss der EU dieses Milliarden Geschenk – als Aufbauhilfe für die neuen EU-Oststaaten – seinerzeit in letzter Minute zugesagt. Der rasche Abschluss der Verträge wurde also regelrecht «gekauft». Aus solchem Holz ist die Korruption geschnitzt!

Ursprünglich hatte der Gesamtbundesrat beschlossen, die Milliarde sei **budgetneutral** zu finanzieren und **durch Minder Ausgaben bei den Departementen Calmy-Rey und Deiss vollständig zu kompensieren**. Gegen eine solche Finanzvorlage hätte die AUNS ein Referendum nicht unterstützt, weil unsere Souveränität nicht tangiert gewesen wäre.

Neue Situation

Der Kompensationsbeschluss ist nach der Behandlung der Vorlage im Parlament (im Rahmen des Osthilfegesetzes)

Schnee von gestern: Die Budgetneutralität wurde zunächst von Bundesräten aufgeweicht und vom Nationalrat in der vergangenen Frühjahrssession vollends über Bord geworfen. Auch hat der Nationalrat sämtliche Anträge abgelehnt, welche die Milliardenzahlung begrenzen und an klare Bedingungen (Respektierung des Bankkundengeheimnisses und der kantonalen Steuerhoheit durch die EU) knüpfen wollten. Schlimmer noch: **Das revidierte Osthilfegesetz öffnet die Schleusen für weitere Zahlungen bei künftigen Erweiterungen der EU, und das Schweizer Volk hat dazu nichts mehr zu sagen**. Bereits fordert Brüssel weitere Hunderte von Millionen Franken zugunsten von Rumänien und Bulgarien im Hinblick auf ihren EU-Beitritt 2007/2008. Bundespräsident Leuenberger hat dem bulgarischen Präsidenten bei dessen Besuch in der Schweiz eifertig entsprechende «Verhandlungen» zugesichert. [NZZ, 16.3.06]

Konsequenz

Die Schweiz wird mit diesem Gesetz bei künftigen EU-Erweiterungen zwangsläufig unter Zahlungsdruck und gar unter Erpressungsdruck geraten. Das Volk wird ausgeschaltet, die Souveränität unseres Landes ist in Gefahr und die «Kohäsionszahlungen» drohen zum Fass ohne Boden zu werden.

Deshalb bitten wir Sie, den beigelegten Unterschriftenbogen auszufüllen und rasch einzusenden!

Das Referendum richtet sich ausdrücklich nicht gegen die bilateralen Abkommen. Im Abstimmungskampf zu den Bilateralen haben verschiedene Bundesräte beteuert, die Verträge seien «ausgewogen» und die Kohäsionszahlungen hätten nichts mit den Bilateralen zu tun. Wenn nun plötzlich behauptet wird, das Schweizer Volk habe bei den Abstimmungen über Schengen und die Personenfreizügigkeit gleichzeitig der Milliardenzahlung zugestimmt, so ist das eine Lüge. Das Referendum drängt sich auf.

Personenfreizügigkeit

Das Volk wird angeschwindelt

Eine vom Bundesrat bei Yves Flückiger, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Genf, bestellte Studie kommt zum wundersamen Schluss, die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern bleibe «gering». Ein allfälliger Lohndruck durch Ostzuwanderer werde sogar «sehr gering» bleiben. Die Studie rühmt zudem zum voraus die flankierenden Massnahmen, welche verhinderten, «dass Löhne bezahlt würden, die weit unter den orts-

und branchenüblichen Ansätzen liegen». Flückiger rechnet ab 2010 sogar mit markant mehr AHV-Beiträgen dank den Zuwanderern aus den neuen EU-Staaten.

Jahresbeitrag 2006

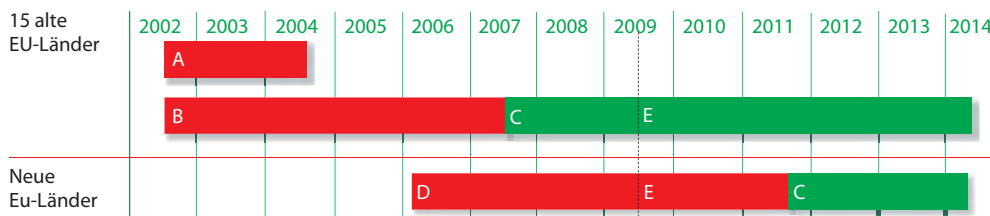
Wir danken Ihnen, wenn

- Sie den Beitrag 2006 bereits einbezahlt haben
- Sie den Betrag aufgerundet haben.

Wir bitten Sie, ausstehende Jahresbeiträge möglichst rasch einzuzahlen.
Bei Fragen oder Unklarheiten: Telefon 031 356 27 27.

Vielen Dank!

Ihre AUNS-Geschäftsstelle



Einführung der Personenfreizügigkeit für die bisherigen 15 Mitgliedstaaten

- A: Inländervorrang, vorgängige Kontrolle der Löhne
- B: Kontingente bis 31.05.2007
- C: Besondere Schutzklausel bei übermässiger Zunahme der Einwanderung bis 2014
- E: Fakultatives Referendum über die Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens

Einführung der Personenfreizügigkeit für die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten

- D: Inländervorrang, vorgängige Kontrolle der Löhne sowie Kontingente bis max. 2011
- E: Fakultatives Referendum über die Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens
- C: Besondere Schutzklausel bei übermässiger Zunahme der Einwanderung bis 2014

Die **Tatsachen** sehen anders aus:

- Bis zum **30. April 2011** gelten für den Personenverkehr mit den neuen EU-Oststaaten die folgenden Regelungen und Beschränkungen: Für Daueraufenthalter (bis 5 Jahre) und Kurzaufenthalter (bis 1 Jahr) gelten **Kontingente**. Diese steigen für Daueraufenthalter bis zum Jahr 2011 auf jährlich 3000 Personen, für Kurzaufenthalter auf 29 000 Personen.
- Bis zum gleichen Datum gelten für die neuen Oststaaten der **Inländervorrang** sowie **Beschränkungen** für grenzüberschreitende Dienstleistungserbringer.

Der freie Personenverkehr mit den neuen Oststaaten ist also noch gar

nicht in Kraft. Die Studie kommt somit zu abenteuerlichen «Schlussfolgerungen», die völlig aus der Luft gegriffen sind. Das Volk wird mit «Erfolgsmeldungen» ange-schwindelt.

- Beim Personenverkehr mit den 15 «alten» EU-Staaten ist der Inländervorrang seit dem 31.5.2004 abgeschafft, Kontingente gelten aber noch bis zum 31.5.2007. Dennoch sind die **Folgen gravierend**: Deutschland exportiert seine Arbeitslosen; besonders begehrt ist wegen der hohen Löhne die Schweiz. Allein im Jahr 2005 hat die Zahl der erwerbstätigen Deutschen in unserem Land um 9000 zugenommen. Zwischen 2003 und 2005 ist die Zahl der Stellen in der Schweiz um 11 000

angestiegen. 15 000 Stellen wurden jedoch an Ausländer vergeben, die Schweizer haben also 4000 Stellen verloren. [SonntagsBlick vom 26.2.06]

Berücksichtigt man zudem, dass pro Jahr rund 20 000 Arbeitskräfte eingebürgert werden, so haben die Schweizer über 40 000 Arbeitsplätze an Ausländer verloren!

Das Volk wird mit nebulösen Behauptungen und Schönfärbereien angeschwindelt. Man gaukelt den Leuten vor, es würden nur wenige Arbeitskräfte zuwandern, und die wenigen Zuwanderer würden quasi unsere AHV retten. Das ist absurd.

Tatsache ist und bleibt: Ost-Personenfreizügigkeit heisst **unkontrollierte Ost-Zuwanderung ab 2011**. Jeder EU-Osteuropäer hat einen Rechtsanspruch, in die Schweiz einzuwandern, bei uns bis zu 15 Monate Arbeit zu suchen oder als «Selbständiger» Dienstleistungen anzubieten, sich samt seiner Familie niederzulassen und das attraktive Schweizer Sozialsystem zu beanspruchen. Wie andere europäische und aussereuropäische Staaten brauchen wir deshalb eine verschärfte Zuwanderungs-, Ausländer-, Asyl- und Einbürgerungspolitik. Nötigenfalls müssen wir zu gegebener Zeit wieder Kontingente einführen.

Australien, Holland, England:

Harte Kriterien für die Zuwanderung

- **Australien** mit rund 20 Millionen Einwohnern ist fast 200-mal so gross wie die Schweiz. Trotzdem gewährt die Immigrationsbehörde pro Jahr nur 37 000 Einwanderern die Niederlassung. Weitere 35 000

Plätze sind der Familienzusammenführung vorbehalten. Will sich ein Einwanderungswilliger dauernd niederlassen, muss er beweisen, dass er der australischen Gesellschaft einen Nutzen bringt. Er

muss mindestens 125 Punkte sammeln a) mit dem Nachweis von genügend finanziellen Eigenmitteln und der Garantie, dem Staat während zweier Jahre mit keinem Dollar zur Last zu fallen,

d.h. er bekommt keine Arbeitslosen- und keine Sozialhilfe. Wer verarmt, dem bleibt nur die Heimreise.

b) Er muss einen harten Sprachtest bestehen auf dem Niveau Cambridge First.

c) Er muss einen «erwünschten» Beruf ausüben und höchstens 45-jährig sein. Dazu kommen Abklärungen über die Persönlichkeit und die Integrität des Bewerbers.

- Auch **England** führt ein Punktesystem für Einwanderer ein. Das Angebot an Arbeitsplätzen und die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes sollen über die Zahl neuer Immigranten von ausserhalb der EU entscheiden. Nur Spezialisten, Unternehmer und hochqualifizierte Berufsleute wie Ärzte, Ingenieure, Informatiker und Finanzexperten können ausreichend Punkte erhalten, um einreisen zu

können. Ausgebildete, erfahrene Berufsleute müssen ein Stellenangebot vorweisen. Ungelernten Arbeitern wird nur in Ausnahmefällen eine befristete Arbeitsbewilligung erteilt. Der Arbeitnehmer muss eine finanzielle Garantie leisten, um die spätere Ausreise zu gewährleisten.

- Wer nach **Holland** einwandern will, muss gemäss einem neuen Gesetz, das am 15. März 2006 in Kraft getreten ist, zuerst im Herkunftsland eine Prüfung bestehen. Es werden Kenntnisse von Normen und Werten der neuen Heimat sowie die Sprachkenntnisse geprüft. Auch für Niedergelassene werden die Bestimmungen verschärft. Das Gesetz richtet sich u.a. gegen «Import-Ehen», es gilt jedoch für sämtliche Niederländer ungeachtet ihrer Herkunft. So muss sich beispielsweise die aus-

ländische Partnerin eines Niederländers genauso auf ihre Wahlheimat vorbereiten, wie die künftige Frau eines Niederländers marokkanischer Herkunft, die sich noch in Marokko aufhält. Generell sollen Zuwanderer einen Nutzen zur Entwicklung der niederländischen Gesellschaft bringen. [NZZ, 8.3.06]

Mit dem revidierten Ausländer- und Asylgesetz, über das wir am 24. September abstimmen, geht die Schweiz einen Schritt in eine ähnliche Richtung.

Die Abstimmung ist eine entscheidende Etappe im Kampf gegen eine unkontrollierte Zuwanderung (von ausserhalb der EU) und gegen Missbräuche im Asylbereich. Unsere Asyltradition bleibt vollauf gewahrt.

Darum empfehlen wir Ihnen, am 24. September 2006 unbedingt 2-mal JA zu stimmen!

Wirtschaftsstandort Schweiz

UBS hebt Wachstumsprognose für 2006 an

Die Prognosen für die Schweizer Wirtschaft werden immer besser: In ihrem neusten Ausblick rechnen die Ökonomen der UBS mit einem Wachstum für das laufende Jahr von 2,3 %. Auch die Arbeitslosigkeit soll zurückgehen.

Stärker in Fahrt als bisher erwartet kommen vor allem der Aussenhandel und die Investitionstätigkeit, wie die UBS bekannt gab. Dies hat zur Folge, dass die BIP*-Wachstumsprognose für dieses Jahr von 2,0 auf 2,3 % angehoben wird.

Rückgang der Arbeitslosenquote

Positiv sind auch die Voraussetzungen für den Privatkonsum, nachdem die Zuversicht inzwischen auch die Haushalte erfasst hat. Dazu tragen gemäss der Einschätzung der UBS nicht zuletzt die hohe Arbeitsplatzsicherheit und ansparende Lohnrunden in der Schweiz bei.

Zudem wird erwartet, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern wird, so dass die Arbeitslosenrate 2006 im

Mittel auf 3,4 % und 2007 auf 3,2 % zurückgehen wird.

Auch CS-Ökonomen erhöhen Prognose

Die Credit Suisse korrigiert die Wachstumsprognose für die Schweizer Wirtschaft von 1,7 auf 2,1 % nach oben.

[Tages-Anzeiger online, 17.3.06]

* Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist der Wert aller Güter und Dienstleistungen, die während eines bestimmten Zeitraumes (normalerweise 1 Jahr) in der Schweiz produziert werden.

510 Neuansiedlungen von ausländischen Firmen in der Schweiz

2005 wurden gesamtschweizerisch 510 ausländische Firmen neu angesiedelt und dadurch 2470 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Zahlen sind vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) im Februar 2006 bei allen Kan-

tonen zum dritten Mal erhoben worden. Die Neuansiedlungen sind ein wertvoller Impuls für die schweizerische Wirtschaft.

Mit 510 Neuansiedlungen ausländischer Unternehmen in der Schweiz im Jahr 2005 hat sich

die Schweiz als attraktiver Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb behauptet.

[Staatssekretariat für Wirtschaft seco, Pressemitteilung vom 8.3.06]



Die Apokalypse 1992:
 «Nach fünf Jahren Alleingang werden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EU auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen.»
 Staatssekretär Franz Blankart kurz vor der EWR-Abstimmung
 [Weltwoche, 26.11.1992]

Die Realität 2006:
 Positive Wachstumszahlen, gute Konsumentenstimmung, mehr ausländische Touristen ...

Die Schweiz hat mehr Gäste angelockt – ohne Schengen!

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 32,9 Mio. Logiernächte in Hotels und Kurhäusern gezählt.

Das waren 857 000 mehr als 2003 (+ 2,7 %).

Verantwortlich für diese positive Entwicklung waren die ausländischen Gäste (+ 6,8 %).

Ähnlich positiv zeigt sich die Situation im Januar 2006. Das Plus lag in diesem Monat bei 3 % im Vergleich zu 2005.



Die wichtigsten Herkunftsländer der Gäste waren 2005 die Schweiz, Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien mit je mindestens 1 Mio. Logiernächten. Neben den Vereinigten Staaten gehörten Japan, die Golf-Staaten und Indien zu den wichtigsten nichteuropäischen Märkten.

[Bundesamt für Statistik, Medienmitteilung vom 20.3.06]

Zuwachsraten 2005 bei den Logiernächten	in %
China	+ 62,0
Indien	+ 26,5
Spanien	+ 19,1
Russland	+ 15,1
Grossbritannien	+ 11,6
Belgien	+ 10,8
USA	+ 6,8
Frankreich	+ 6,4
Italien	+ 5,1
Japan	+ 4,7
Niederlande	+ 3,4
Deutschland	+ 1,9
Österreich	+ 1,1

Schweiz und EU

«Der EU-Beitritt würde nur kosten!»

Der bekannte deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn aus München sprach in einem Interview mit der Zeitung «Der Bund» Klartext:

- «Die Schweiz ist bereits weitgehend in den EU-Markt integriert. Deshalb sehe ich nicht, was der Beitritt noch bringen würde, ausser dass er kostet. Aus deutscher Sicht fände ich es gut, wenn

die Schweiz dabei wäre. Dann hätten wir einen Nettozahler mehr.»

- «Der Euro ist ein zweischneidiges Schwert, auch für Deutschland. Er hat die niedrigen Zinsen, die Deutschland hatte, in andere Länder exportiert. Dadurch hat die deutsche Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil verloren. Ich bin als guter Europäer

nicht gegen den Euro, aber es gibt auch Probleme mit ihm. Angesichts dieser Probleme und der negativen deutschen Erfahrungen könnte ich der Schweiz derzeit nicht guten Herzens empfehlen, dem Euro beizutreten.»

[Der Bund, 21.3. u. 23.3.06 / Vollständiges Interview auf www.auns.ch]

Neues Positionspapier von economiesuisse:

EU-Beitritt ist nachteilig

Nach Ansicht von economiesuisse ist ein EU-Beitritt der Schweiz keine Option. Dem mit einem Beitritt verbundenen Effizienzgewinn stehen zahlreiche institutionelle und wirtschaftspolitische Problembereiche gegenüber. Ein Beitritt würde nicht nur kaum lösbare staatspolitische Folgen mit sich bringen, sondern auch die Geld- und Währungspolitik negativ

tangieren. (...) Die Finanz- und Fiskalpolitik müsste einem tief greifenden Umbau unterzogen werden, dessen Ausgang für die Wirtschaft zu ungewiss ist. Schliesslich würde der gut funktionierende schweizerische Arbeitsmarkt mit Auflagen belastet.

[Newsletter economiesuisse vom 3.3.06 / Vollständiges Positionspapier auf www.auns.ch]

Hilflose Reaktion der staatlich subventionierten EU-Anschluss-Organisation *Neue Europäische Bewegung (NEBS)*:

«... Die Position von economiesuisse reflektiert nicht die Interessen der gesamten schweizerischen Wirtschaft und noch weniger diejenigen der Schweizerinnen und Schweizer.»

[Medienmitteilung vom 28.2.06]

EU-Aktivismus / News aus EU-Staaten

Umfrage

Deutsche machen EU für Wirtschaftsmisere verantwortlich

Eine grosse Mehrheit der Deutschen sieht die Europäische Union als wirtschaftliche und soziale Bedrohung an. Einer Umfrage zufolge rechnet ein Grossteil der Befragten mit einer heftigen ökonomischen Krise, sollten die EU-Staaten noch näher zusammenrücken.

- Immer mehr Deutsche – laut Eurobarometer inzwischen 64 % – empfinden den Verlust von sozialen Standards und Sozialleistungen als Problem. Die EU werde hier nicht als Lösung, sondern als Teil einer negativen Entwicklung gesehen, heisst es in der Studie. [Spiegel online, 26.1.06]

Die Umfrage, die im Auftrag der EU-Kommission erstellt wurde, zeige, dass die Deutschen im Zusammenhang mit der europäischen Einigung vor allem den Verlust von Arbeitsplätzen fürchten, berichtet die «Berliner Zeitung».

- 84 % der Befragten haben angegeben, Angst vor der Verlagerung von Jobs in EU-Länder mit niedrigeren Lohnkosten zu haben.
- Jeder zweite der 1534 Bürger, die befragt wurden, sieht ausserdem die Gefahr, dass es im Laufe der weiteren europäischen Einigung zu einer Wirtschaftskrise kommen könne.
- 59 % der Deutschen wollen in den nächsten Jahren keine Aufnahme neuer Länder.

Ungewisse Steuerharmonisierungspläne der EU-Kommission

Die Europäische Kommission will in Steuerfragen aktiv bleiben. Ob alle 25 EU-Mitgliedstaaten der von der Kommission immer wieder vorgeschlagenen Harmonisierung im Unternehmenssteuerbereich je zustimmen werden, bleibt trotzdem offener denn je. Zum einen sind neben Grossbritannien und Irland noch etliche andere Länder grundsätzlich gegen jeden Eingriff in ihre nationale Steuerhoheit. Dazu zählen etwa Österreich, Polen, Tschechien, Ungarn, die baltischen Länder sowie Luxemburg. Der nächste Test über die Befindlichkeit der Mitgliedstaaten wird ihre Ant-

wort auf die von der Brüsseler Zentralbehörde ebenfalls zum wiederholten Mal vorgeschlagene Einführung einer EU-Steuer zur Finanzierung des Unions-Budgets sein. Bisher stammt ein Grossteil der Gemeinschafts-Mittel von jährlich rund 100 Mrd. Euro aus den nationalen Finanzministerien.

Neuer wirtschaftlicher Patriotismus

Wie illusorisch eine EU-Steuerharmonisierung ist, zeigt auch der manifeste nationale Protektionismus einzelner Länder in Übernahmefragen. So hat die französische Regierung vor kurzem die Übernahme des Energiekonzerns Suez durch die italienische Enel durch eine innerfranzösische Blockadefusion von Suez mit Gaz de France erfolgreich verhindert. Auch die spanische Regierung blockte die Übernahme des Energieunternehmens Endesa durch die deutsche E.O.N. ab. Ein weiteres Beispiel ist die von der Regierung Luxemburgs gestoppte Übernahme des Stahlkonzerns Arcelor durch die Indische Mittal Steel.

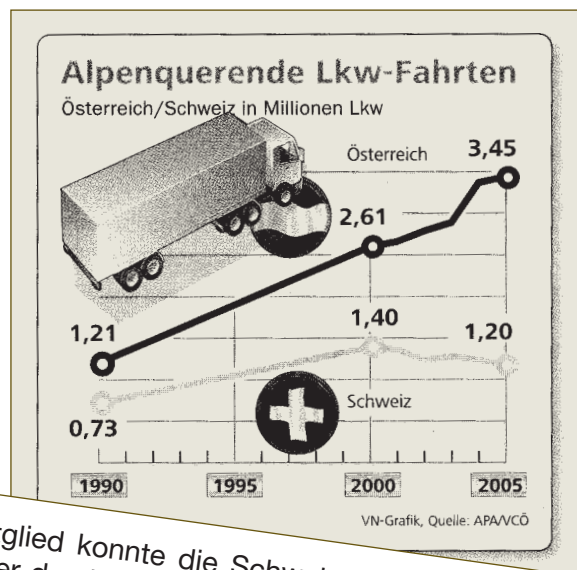
[www.economiesuisse.ch, Aktuell, 22.3.06]

Negativrekord: Zahl der aufgeklärten Straftaten in Vorarlberg unter 50 %.

Mehr Sicherheit durch Schengen?

Eine historische Marke ist gefallen: Erstmals seit etwa 20 Jahren werden in Vorarlberg weniger als die Hälfte der angezeigten Straftaten aufgeklärt, dies hat die gestern veröffentlichte Kriminalstatistik des Innenministeriums ergeben. 49 % der Straftaten wurden im Jänner und Februar dieses Jahres aufgeklärt, das sind 4,6 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Sorgen bereitet der Polizei vor allem die angestiegene Zahl von Vandalismus, Strassendiebstählen und Körperverletzungen. Auch die Wohnungseinbrüche haben seit Jänner stark zugenommen.

[Vorarlberger Nachrichten, 11.3.06]



Als Nicht-EU-Mitglied konnte die Schweiz bis jetzt ihre Verkehrspolitik besser durchsetzen als Österreich. Die Belastung dieses drastisch auf.

Anträge zu Händen der 21. ordentlichen Mitgliederversammlung der AUNS vom 6. Mai 2006

1. Anträge des Vorstandes

Statutenrevision

1.1 Antragswesen

Die Statuten der AUNS vom 19.6.1986 mit Änderungen vom 16.6.1987 entsprechen im Antragswesen nicht mehr der aktuellen Gesetzgebung bzw. Rechtsprechung. Deshalb drängt sich eine Änderung des Artikels 10 Absatz 2 auf. Die Verlängerung der Eingabefrist von 2 Wochen auf 2 Monate garantiert, dass die Anträge vom Vorstand gebührend behandelt und für die Beschlussfassung allen Mitgliedern frühzeitig mitgeteilt werden können.

Artikel 10 Absatz 2 (neu):

Anträge der Mitglieder zuhänden der ordentlichen Mitgliederversammlung sind dem Vorstand zur Behandlung und Traktandierung spätestens 2 Monate zum voraus schriftlich einzureichen.

1.2 Zusammensetzung des Vorstandes

Der Vorstand der AUNS will die Überparteilichkeit und die breite Abstützung in der Bevölkerung stärken. Deshalb beantragt er der Mitgliederversammlung folgende Ergänzung des Artikels 13:

Ergänzung: Artikel 13, neu Absatz 2:

Im Vorstand ist eine möglichst grosse Vielfalt an politischen Parteien anzustreben; auch sind Mitglieder ohne Parteizugehörigkeit erwünscht. Ebenso ist darauf zu achten, dass die Landesteile, Alterskategorien und Geschlechter angemessen vertreten sind.

2. Anträge der Mitglieder

Jean-Pierre Egger aus Franex (FR) beantragt, folgende Statutenänderung vorzunehmen:

2.1 Statuten-Revision: Zusammensetzung des Vorstandes

Artikel 1 a (neu)

«Die AUNS ist parteipolitisch neutral und unabhängig. In den Vorstand kann nur gewählt werden, wer nicht Mitglied einer politischen Partei ist.»

2.2 Antrag zur Umsetzung

«Die Geschäftsleitung wird beauftragt, zwecks Erneuerung des AUNS-Vorstandes eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, die innert sechs Monaten ab Vereinsbeschluss stattzufinden hat. Die Geschäftsleitung nimmt vorgängig die Kandidaturen entgegen und verschickt den Mitgliedern die Liste der Kandidaten, welche sich mit Foto und Text vorstellen können.»

Schlusspunkt

Propaganda und Ideologie im Schulzimmer?

Von Nationalrat Luzi Stamm, Vizepräsident der AUNS

Unter der Ägide der linken Zürcher Regierungsrätin Regine Aepli wurde ein Schulbuch geschaffen, in dem die Ergebnisse des Bergier-Berichts zusammengefasst sind.

Der Bergier-Bericht will die Geschichte umschreiben, um die Gegenwart politisch zu manipulieren. Der Chef-Ideologe der Bergier-Kommission, Georg Kreis, hat dies in erstaunlicher Offenheit zugegeben. Ziel sei, der Schweiz endlich eine «vorwärts gerichtete Aussenpolitik» (er meint damit den EU-Beitritt) zu verpassen: «Mit einem rückwärts gewandten, beschönigenden und unvollständigen Geschichtsbild kann keine vorwärts gerichtete Aussenpolitik gemacht werden.» Ein entlarvender Satz, der die wahre Absicht zeigt: Die damalige gewaltige Leistung der Schweiz, trotz jahrelanger Umzingelung und Bedrohung standhaft zu bleiben und unsere Demokratie nicht dem totalitären Europa der Nazis zu opfern, wird als «Mythos» (Ausdruck der Bergier-Leute) bezeichnet. Gezielt wird – auch im erwähnten Schulbuch – der Eindruck erweckt, wir hätten mit Nazi-Deutschland kooperiert.



Für Bergier-Ideologen nur ein Mythos: General Guisan, Schweizer Armee, Leistung der Aktivdienstgeneration (Bild: Zinnfiguren-Ausstellung Interlaken)

Wie böswillig Georg Kreis vorging, zeigt sich mustergültig bei den falschen Zahlen der abgewiesenen Flüchtlinge: Leute, die mehrfach an der Grenze anklopfen, zählte Kreis kurzerhand mehrfach. Leute, die kurz vor Kriegsende über Schweizer-Territorium ins bereits befreite Frankreich reisten, wurden als zurückgewiesene Flüchtlinge verbucht. Kreis zählte sogar Leute mit, denen der Eintritt erst nach Kriegsende verweigert wurde (er nahm die Statistik bis zum 31.12.1945, statt

nur bis zum 7.5.1945). Ganz zu schweigen vom unverschämtesten Punkt: Er zählte alle zurückgewiesenen Deutschen – inklusive Naziverbrecher – mit und tat so, als handle es sich um jüdische Flüchtlinge.

Bemerkenswert, was Georg Kreis in der letzten Ausgabe der Weltwoche schreibt: «Gewiss kann man ... der Bergier-Kommission ebenfalls einen Vorsatz unterstellen ...: die Absicht, ein schlechtes Bild der Schweiz entstehen zu lassen, damit diese sich schämen müsse (Stichwort: Nestbeschmutzung).» Damit trifft er den Nagel auf den Kopf, auch wenn er sich zu rechtfertigen sucht.

Die AUNS wehrt sich dagegen, dass nun ein Schulbuch verbreitet wird, um die Schulkinder in derselben Richtung zu manipulieren.

Jetzt anmelden!

- 21. ordentliche Mitgliederversammlung der AUNS: Samstag, 6. Mai 2006, 10.30 Uhr, Bern, Hotel National
- Leserbriefkurse (siehe Beilage)

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Ich trete der AUNS bei als Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.
Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5